Oberhausen Beilage zur Avanti
44/45 April/Mai 2018

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen

Das – für einen Tag – bestreikte Oberhausener Rathaus, 20. März 2018. *Foto: Avanti O.*

Heraus zum 1. Mai!

UDO FILTHAUT

Am 1. Mai 1856 forderten in Australien ArbeiterInnen mit Massendemonstrationen den Achtstundentag.

Darauf haben sich 1886 amerikanische ArbeiterInnen berufen und ebenfalls zur Durchsetzung des Achtstundentags zu einem Generalstreik am 1. Mai aufgerufen.

Diesen Aufruf beantwortete das Kapital mit Massenaussperrungen, was wiederum die berühmte Haymarket-Versammlung mit der Rede von August Spies, des Chefredakteurs der „Arbeiterzeitung“ zur Folge hatte. Dies war die Geburtsstunde der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. August Spies wurde nach den darauf folgenden von Politik und Kapital befeuerten Kämpfen mit vielen Toten zusammen mit drei Kollegen hingerichtet.

Schon damals waren Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen die wichtigsten Anliegen.

Nach fast 150 Jahren sind diese Forderungen immer noch von außerordentlicher Wichtigkeit.

Wie auch das Auftreten der öffentlichen „Arbeitgeber“ bei den letzten Tarifrunden in Potsdam zeigte, wird das von denen immer noch als nicht ernsthaft verhandelbar, ja als völlig unzumutbar, gesehen.

Zu groß ist tatsächlich wohl noch die Fortsetzung auf S. 2

Liebe Leserinnen und Leser,

„[...] scheinen [...] Dummheit, Niedertracht als längst überwunden geglaubte völkische Phantastereien im Bürgertum angekommen zu sein. Ein unschönes Beispiel war die ‚Frauendemo' in Bottrop. Dazu mehr leider erst in der nächsten Ausgabe.“

So hieß es in der Nr. 43. Dies haben wir leider nicht geschafft. Gegen Dummheit und Niedertracht schreiben wir trotzdem an, so in Scherz, Satire, Ironie... (S. 8).

Leitthemen aber sind der 1. Mai (S. 1 und 2) und die Gewerkschaften (S. 3 und 4). Dazu gehören auch die GewerkschafterInnen für Klimaschutz mit ihrem Flugblatt (S. 5) zur RWE-Jahreshauptversammlung (S. 4).

Wie unsere Lokalpolitik den Missfallen von BürgerInnen erregt, steht auf den Seiten 6 und 7.

Desweiteren gedenken wir nicht nur des ollen Marxens (S. 9 bis 11), sondern auch des armen B.B.'s Geburtstag (S. 9).

Und wem es unverständlich blieb, das Marxsche Kapital: „Frau Kapital und Dr. Marx“ hilft da weiter (S.12).

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL
01 **1. Mai**
Heraus zum 1. Mai!
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
03 **Tarifrunde öffentlicher Dienst**
Erfolg ohne Streik?
04 **RWE ...**
Protest bei der Hauptversammlung
05 **... Klimakiller**
GewerkschafterInnen für Klimaschutz
OBERHAUSEN
06 **John-Lenon-Platz**
Bürgerbeteiligung?
07 **Bildung**
Planlos?
SCHERZ, SATIRE, IRONIE
08 **Kreizkruzefix**
Das Kreuz mit dem Kreuz
Brecht 120
09 **Brecht 120**
Das Wasserrad
REVOLUTION, REVOLUTION!
09 **Deutsche Revolution 1848/49**
Was hat das mit uns zu tun?
MARX 200
10 **Karl Marx wird 200 (III)**
Ein radikaler Demokrat
11 **Karl Marx wird 200 (IV)**
Ein Demokrat wird Kommunist
VERANSTALTUNG / TERMINE
12 **Festveranstaltung**
Frau Kapital und Dr. Marx
12 **Termine**

Fortsetzung von S. 1

Reservearmee aus Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.

Und die von der GROKO gesehene Vollbeschäftigung, wie passt die dazu?

Ganz einfach: Es ist eine durch Zahlenmanipulation untermauerte Lüge. An die 13 bis 14 % unserer Kolleginnen und Kollegen in Hartz IV, in Mini- oder in unfreiwilligen Teilzeitjobs können nicht von ihrer Hände Arbeit leben.

So lange diese und andere Gemeinheiten existieren, so lange muss der 1.Mai ein Kampftag der ArbeiterInnenklasse bleiben! ■

Weiter so?
Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Nach zwei Jahrzehnten Umverteilung von unten nach oben liegt vieles im Argen.

Unter anderem fehlen

- unbefristete Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen und Kündigungsschutz.
- ein solidarisches Rentensystem, das niemanden in Altersarmut stürzen lässt.
- Krankenhäuser und Pflegeheime, in denen die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen. Und nicht der Profit von Gesundheitskonzernen.
- bezahlbare, menschenwürdige Wohnungen.
- ein Bildungssystem, das diesen Namen verdient, und nicht nur „Humankapital“ hervorbringen soll.
- ein Verkehrskonzept, das Mobilität ermöglicht, ohne dass jedes Jahr Tausende den Verkehrstod sterben, unsere Städte verschandelt, Landschaften asphaltiert und unsere Umwelt vergiftet werden.
- Technologien der Energiegewinnung, die der Tatsache Rechnung tragen, dass Ressourcen endlich sind. Und die sich nicht allein deshalb rechnen, weil Gewinne von wenigen privatisiert werden, während die große Mehrheit die Kosten und die Lasten tragen muss.
- Frieden, Achtung der Menschenrechte unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, ...

Grundlegende Bedürfnisse will oder kann unser angeblich so leistungsfähiges Wirtschaftssystem nicht erfüllen.

Wer sich auf die GroKo verlässt, ist verlassen

Die GroKo 3.0 zeigt keinerlei Neigung, die Privatisierungen wieder rückgängig zu machen, die zum aktuellen erbärmlichen Zustand des Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungswesens geführt haben. Auch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und das HartzIV-Regime stellen CDU/CSU und SPD nicht ernsthaft in Frage. Und es gehört schon einiges dazu, die befristete Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 % als Erfolg zu feiern.

Tatsächlich bläst die GroKo in das Horn so genannter Rechtspopulisten und fördert deren unsolidarische „Lösungen“. Ausgrenzung, Hass und Gewalt gegen Geflüchtete, Zugewanderte, Andersgläubige, Frauen aber spaltet und schwächt alle Lohnabhängigen – auch diejenigen, die so handeln.

Unsere Alternative heißt Solidarität

Wer heute mit menschlichen Grundbedürfnissen Profite macht, wird nicht freiwillig darauf verzichten. Wer den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, nimmt das nicht einfach zurück.

Statt darauf zu warten, das jemand anders die drängenden Probleme unserer Zeit löst, können wir alle besser selbst etwas tun. Zum Beispiel, sich einsetzen für mehr Personal in den Krankenhäusern. Oder für einen neuen gemeinnützigen Wohnungsbau. Für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Radwege. Für ein menschenwürdiges Leben für alle.

Wer mit offenen Augen durch Oberhausen geht, wird viele Möglichkeiten finden, sich zu engagieren. Gemeinsam mit den Betroffenen und möglichst vielen UnterstützerInnen. Im besten Fall auch gemeinsam mit Gewerkschaften – nicht als Dienstleistern, sondern als den größten existierenden Solidargemeinschaften von Lohnabhängigen.

ISO Oberhausen & FreundInnen

Grafik: AvantiO.

Tarifabschluss Öffentlicher Dienst
Der Sprung des Tigers

Am Dienstag, dem 17. April 2018, wurde nach dreitägigen Verhandlungen in der Tarifrunde für Bund und Kommunen eine Einigung erzielt. Auf den ersten Blick ist sie unbefriedigend.

Helmut Born, ver.di-Linke NRW

Die Forderung nach 6 % mehr Einkommen wie nach einem Mindestbetrag nach 200 € für 12 Monate findet sich in dem Abschluss nicht wieder. Insbesondere die Forderung nach dem Mindestbetrag war sehr populär. Sie hat sicherlich zu den guten Mobilisierungen auch im Ruhrgebiet beigetragen.

Der Mindestbetrag sollte vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute kommen. Zudem sollten dadurch die Abstände zu den höheren Gruppen verringert werden.

Demgegenüber wollten vor allem die VertreterInnen der Kommunen, dass eher die höheren Einkommensgruppen gestärkt werden. Für den öffentlichen Dienst sei es schwierig, Fachkräfte zu bekommen. Genau diese Logik spiegelt sich im Abschluss wieder, auch wenn die unteren Einkommensgruppen nicht völlig außen vor bleiben.

Der Abschluss über die lange Laufzeit von 30 Monaten trägt nicht dazu bei, ver.di zu stärken. Es wird eher schwierig werden, neue Mitglieder zu gewinnen.

Einkommen

Ab 1. März 2018 gibt es eine Erhöhung der Einkommen um 3,19 % sowie eine Einmalzahlung von 250 € für die Tarifgruppen 1 bis 6. Ein zweiter Schritt erfolgt ab dem 1. März 2019 mit einem weiteren Plus von 3,09 %. Schließlich erhalten die KollegInnen ab 1. April 2010 noch einen „Zuschlag“ von 1,06 %.

Diese Tariferhöhungen gelten für alle Beschäftigten. Darüber hinaus gibt es aber erhebliche Veränderungen in den einzelnen Tarifgruppen oder Stufen. So fällt in allen Tarifgruppen die bisherige Stufe 1 weg. Das führt zu einer Erhöhung der Einkommen in dieser Stufe vor allem für EinsteigerInnen um gut 10 %. Ähnliches gilt für die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Dort betragen die Zuwächse bis zu 12 %.

Die ver.di-Linke NRW

Die ver.di-Linke NRW hat sich 2001 kurz nach der Gründung von ver.di gegründet, ist damit deutlich älter als die Partei DIE LINKE und keine Untergliederung der Partei ähnlichen Namens. In der ver.di-Linken NRW sind progressive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter engagiert, die sich als links verstehen, teilweise mit Zugehörigkeit zu Parteien, teilweise auch ohne.

Ausbildungsvergütungen

Auszubildende erhalten jeweils zum 1. März eine Erhöhung der Vergütungen um 50 €. Ihr Urlaub wird auf 30 Tage im Jahr angehoben. Das führt zu einer Gleichstellung mit den anderen Beschäftigten. Die bisherige Übernahmeregelung nach dem Ausbildungsende wird wieder in Kraft gesetzt. Eine weitgehende Übernahmegarantie ist die Folge.

Für den betrieblich-schulischen Bereich des Gesundheitssektors, in dem bisher keine Ausbildungsvergütungen gezahlt werden, ist die Aufnahme von Tarifverhandlungen vereinbart.

SchülerInnen in praxisbezogenen Ausbildungsgängen zu ErzieherInnen werden ab dem 1. März 2018 erstmals vom Tarifvertrag erfasst.

Demonstration Öffentlicher Dienst am 10. April 2018 in Dortmund.

Gesundheitswesen

Für die Beschäftigten in den Krankenhäusern wurde eine Sondervereinbarung getroffen. Nach den geplanten Gesetzesänderungen zur Krankenhausfinanzierung werden Verhandlungen über folgende Punkte aufgenommen:

- Erhöhung der Zeitzuschläge bei Samstagsarbeit
- Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschicht
- Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte in Wechselschicht

Von 2019 bis 2021 gibt es jeweils einen zusätzlichen Urlaubstag bei Wechselschichtarbeit.

Fazit

Insgesamt bringt dieser Abschluss für viele Beschäftigte sicherlich erhebliche Einkommenszuwächse oder andere positive Regelungen. Aber die Diskrepanz zwischen den Forderungen und

dem Ergebnis wird dieses Mal besonders deutlich. Diese Kritik betrifft nicht nur die lange Laufzeit.

Es wurde erneut sichtbar, dass die Führung von ver.di es nicht auf eine wirkliche Kraftprobe ankommen lassen will. Nur ein Streik hätte den erforderlichen Druck zur Durchsetzung der eigenen Forderungen ermöglicht.

Die Inszenierung in diesem Jahr zielte darauf ab, in der dritten Verhandlungsrunde zu einem Ergebnis zu kommen. Dies ist dann auch gelungen. Allerdings war der Preis dafür, dass sich inhaltlich die kommunalen „Arbeitgeber“ durchgesetzt haben. ■

„Rote Karte für RWE“

Petra Stanius

Auch nach dem „Atomausstieg“ ist die Kernenergie in Deutschland keineswegs tot. Deutsche Unternehmen sind hier weiterhin aktiv.

Profitinteressen stehen für die Konzernlenker im Vordergrund – und nicht die Schonung von Klima und Ressourcen, die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarer Energie oder die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Dies trifft auch, aber nicht allein, auf die RWE AG zu. Jedoch richten sich Aufmerksamkeit und Protest derzeit insbesondere auf diesen Konzern:

Über die RWE Power AG betreibt RWE im Rheinland drei Braunkohlentagebaue, um die es seit Jahrzehnten heftige Auseinandersetzungen gibt. Kein Wunder, bedeutet der Tagebau für die direkt Betroffenen doch Vertreibung aus ihren Häusern und die Zerstörung ihrer Dörfer und Felder. Zurück bleiben riesige Mondlandschaften.

Aktion zur Hauptversammlung von RWE, 26. April, Essen. *Foto: © Herbert Sauerwein.*

Protest bei der Jahreshauptversammlung

So war auch der Braunkohleabbau das Hauptthema des Protests anlässlich der diesjährigen Hauptversammlung von RWE am 26. April. Kritische AktionärInnen und AktivistInnen verschiedener Gruppen aus der Klimabewegung empfingen die TeilnehmerInnen auf ihrem Weg in die Essener Grugahalle mit Parolen, Transparenten, Drachen und einer mobilen Feinstaub-Ambulanz.

Aktuell kämpfen AktivistInnen der Klimabewegung für den Erhalt der letzten zehn Prozent vom Hambacher Forst, der noch von den Baggern verschont geblieben ist. Dass es diesen Restwald noch gibt, ist ein Erfolg der Bewegung, die mit Waldbesetzungen und juristischen Auseinandersetzung die weitere Zerstörung des Hambacher Forstes immer wieder aufgehalten hat. Geht es nach RWE, wird der einst 5.500 Hektar große uralte Wald in drei Jahren komplett verschwunden sein. Im Oktober sollen die Rodungen weitergehen.

Aktion zur Hauptversammlung von RWE, 26. April, Essen. *Foto: © Herbert Sauerwein.*

Weitere Aktionen im Oktober

Der Widerstand geht ebenfalls weiter: „Ende Gelände“ hat für die nächste Rodungssaison am Braunkohletagebau Hambach massenhafte Proteste angekündigt. In der Zeit vom 26. bis 28. Oktober soll die Kohle-Infrastruktur um den Tagebau blockiert werden.

Mehr Infos dazu gibt es bei: **www.ende-gelaende.org**. ■

"Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz" RWE-Aktionärsversammlung April 2018

Klimakiller RWE raus aus der Braun-Kohle!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohleindustrie bei RWE ein dringliches Thema.

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze: Die Uhr tickt

Wir wissen aber auch, dass es mit der Stromerzeugung so nicht weitergehen kann. Die Kohleverstromung heizt das Klima dramatisch an und führt weltweit zu Wetterextremen und der Vernichtung von menschlichen Existenzen. Der RWE-Braunkohletagebau im Rheinland, einer der größten Treibhausgasemittenten in Europa, trägt entscheidend mit dazu bei. Geht es nach dem Konzernvorstand, soll er noch jahrzehntelang weiter betrieben werden.

Beim Klimakiller-Nr.1 gibt es aber auch Verantwortliche für die Geschäftspolitik, die nicht im Vorstand sitzen. Viele Kommunen aus dem Ruhrgebiet haben Anteile an RWE und schauen meist nur auf die Gewinne, um ihren Anteil daran zu bekommen. Sie haben als Anteilseigner und „Bürgervertreter-Innen" aber vor allem eine Verantwortung für die Sicherung der Lebensgrundlagen aller Menschen und könnten zumindest durch politische Diskussionen und entsprechender Beschlüsse RWE zu einer Änderung ihrer Unternehmenspolitik drängen.

Uns ist klar, dass die Kommunen RWE nicht zwingen können, den Abbau der Braunkohle zu beenden. Was wir allerdings erwarten, ist, dass die Kommunen nicht nur auf die Rendite schielen, sondern ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Als erstes könnten sie sich für den Erhalt des Restes des Hambacher Waldes einsetzen und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen.

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze

Das Gleiche können auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat oder in den Mitbestimmungsgremien leisten. Sie sind in der besonderen Verantwortung, Perspektiven für Beschäftigung auch nach der Braunkohle zu entwickeln. Das Festhalten an der Förderung bis 2045 wegen der Arbeitsplätze, ist keine wirkliche Strategie und Perspektive für die Beschäftigten. Letzten Endes dient dies nur RWE, um weiterhin mit dieser zerstörerischen Art der Energieproduktion Gewinne zu scheffeln. Immer wieder wurden vom Unternehmen massiv Arbeitsplätze abgebaut, sowohl in den Kraftwerken wie auch im Braunkohleabbau. Und auch die Fusion mit EON ist kein arbeitnehmerfreundlicher Akt. Es ist an der Zeit, sich Gedanken über eine Zukunft ohne fossile Energiegewinnung zu machen und mit den Beschäftigten offensiv einen „sozial verträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung", wie es die ver.di Studie vorsieht, durchzusetzen.

Es wird Zeit, dass RWE aus der Verstromung der Kohle aussteigt. Es muss Schluss sein mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Planeten. Wir brauchen eine Wirtschaft, die nicht nach den Interessen der Konzerne nach Gewinnmaximierung funktioniert, sondern in der die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen.

Internationale Solidarität und Verantwortung

Am heutigen Tag der RWE-Aktionärsversammlung erhebt sich mit Maria Fernanda Herrera auch eine Stimme aus Kolumbien. Sie wird Fragen an den Vorstand richten und dabei schildern, was der Steinkohletagebau im Cerrejon für die dort Lebenden bedeutet. Von Wasserraub, Flussumleitungen und Vertreibungen wird die Rede sein. Aber auch die Drohungen gegenüber Umweltschützer*innen, Menschenrechtsaktivist*innen kommen zur Sprache. Allein in den ersten Monaten diesen Jahres wurden in Kolumbien mehr als 20 von ihnen ermordet.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz erklären uns solidarisch mit der afro- und indigenen Bevölkerung und Gewerkschaftern in Kolumbien, die für ihre Rechte kämpfen.

ViSdP: Helmut Born, Am Stock 3, 40472 Düsseldorf, Kontakt: klimagewerkschafter@bwup.de

John-Lennon-Platz: Demokratie geht anders

Die Oberhausener Stadtverwaltung tut sich nach wie vor schwer mit demokratischen Prozessen. Und betreibt weiterhin den Ausverkauf städtischen Vermögens.

O. G.

Über Jahrzehnte wurde Oberhausen allein von der SPD regiert. Bei ihren WählerInnen bedankte sich die SPD hierfür mit einer bemerkenswerten Arroganz der Macht. Spät, nämlich 2009, erhielten die Sozialdemokraten die Quittung dafür. Seit 2014 braucht die SPD neben den „Grünen" auch noch die FDP für die Mehrheit im Rat. Und 2015 wurde erstmals nach sechzig Jahren mit Daniel Schranz ein CDU-Oberbürgermeister gewählt.

Der versprach einen neuen Politikstil, bei dem Bürgerbeteiligung groß geschrieben würde. Entsprechende Leitlinien wurden entwickelt, BürgerInnen sollen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Wie das neue Konzept in der Praxis funktioniert, hat die AnwohnerInnen des John-Lennon-Platzes nun schwer verärgert. Derzeit wird die Freifläche für Sport und Spiel und zur Entspannung genutzt. Doch die Stadt will, dass der Platz bebaut wird. Jetzt geht es um das „Wie".

Das Beispiel zeigt, dass wir OberhauseneerInnen sehr hartnäckig sein müssen, wenn es ernst werden soll mit der Beteiligung an kommunalen Entscheidungen.

AnwohnerInnen diskutieren auf dem John-Lennon-Platz, 28.April 2018. *Foto: Andrea-Cora Walther.*

Was in der Debatte oft zu kurz kommt, sind zwei Punkte, mit denen Heike Hansen unter anderem die Ablehnung aller vorgelegten Entwürfe durch die Linke Liste begründet hat:

Einmal der Verkauf des Platzes an sich.

Die Stadt Oberhausen betreibt weiterhin den Ausverkauf öffentlichen Vermögens.

Und es werden bezahlbare Wohnungen gebraucht, keine Eigentumswohnungen, wie sie zum größten Teil auf dem John-Lennon-Platz entstehen sollen. ■

Eklat bei der Bürgerversammlung zur Bebauung des John-Lennon-Platzes

Die Bezirksbürgermeisterin Alt-Oberhausen hat eingeladen, und nicht nur Verwaltung und Investoren, sondern auch BürgerInnen sind tatsächlich ein weiteres Mal gekommen. [...]

Zwei Planungswerkstätten in 2014 hatten Eckpunkte ergeben. Ein wesentlicher Eckpunkt für die anwohnenden TeilnehmerInnen war: Konzentration der Bebauung auf den nördlichen Teil, da wo früher das Haus der Jugend stand, auf keinen Fall parallel zur Sedanstraße, freier Zugang und Blick auf den John Lennon Platz [...].

Mit diesen Eckpunkten findet dann 3 Jahre später im Mai 2017 eine Jurysitzung zu einem Investoren-Wettbewerb statt. Und: erster Preis an den Entwurf von Strörmann/Goldstein & Tratnik, der Entwurf, der sich am wenigsten an die Eckpunkte der BürgerInnen hält, der eine Bebauung entlang der Sedanstraße vorsieht, der mit der maximal möglichen Bebauung den wenigsten Wohnraum schafft.

[...] Wozu dann überhaupt diese Eckpunkte benennen und als Auftrag mitgeben, wenn niemand die Wünsche der BürgerInnen dann berücksichtigen muss? [...]

Und dann jetzt diese Bürgerversammlung am 26. April 2018, um ein letztes Mal die drei Entwürfe zu erläutern. Schnell wird klar, dass sich an der grundsätzlichen Ablehnung der BürgerInnen den Entwurf von Strörmann/Goldstein & Tratnik betreffend auch nach Überarbeitung absolut nichts geändert hat. [...]

Die beiden anderen Entwürfe scheinen wenigstens eine ausreichend große zusammenhängende Fläche auf dem John-Lennon-Platz zu lassen, dass ein Bolzplatz denkbar ist. Aber man kommt gar nicht dazu, sich intensiver über die Vor- und Nachteile dieser beiden Entwürfe auszutauschen.

Völlig unbeirrt besteht Verwaltung darauf, alle drei Entwürfe weiter den Gang durch die Beratung des Rates nehmen zu lassen. Man versteht es nicht. Als BürgerIn fühlt man sich nicht ernst genommen. Empörung macht sich breit. Die BürgerInnen verlassen unter Protest den Saal. [...]

Bürgerbeteiligung wird in Oberhausen GROß geschrieben, nur leider nicht groß beachtet. [...]

Andrea-Cora Walther, für die Bürgerliste im Rat und Vorsitzende des Vereins Wir sind Oberhausen e. V., 26.04.18 (Auszug)

Bildungsmisere

Die letzte Hauptschule in Oberhausen wird im Sommer geschlossen. Eine Entscheidung des Rates. HauptschülerInnen haben es schwer, später mit ihrem Abschluss einen Ausbildungsplatz zu finden. Wird jetzt alles besser?

C. P.

Der Rat hat dazu einen Beschluss gefasst, der nicht befriedigend beantwortet, wie es nun weitergehen soll ohne Hauptschulen. Dafür aber legt er das Elend der Bildung in Zeiten des Neoliberalismus schonungslos offen.

Nach dem Paragrafen 132c des NRW-Schulgesetzes können zur „Sicherung von Schullaufbahnen" an Realschulen Hauptschulbildungsgänge eingerichtet werden. Dies sollen die Oberhausener Realschulen nun tun. Freilich, ohne entsprechend dafür ausgestattet zu werden. Es fehlen Räume, es fehlt Personal, es gibt keine Küche, in der das Fach Hauswirtschaft unterrichtet werden kann. Haupt- und Realschulen verfolgen unterschiedliche Bildungskonzepte.

Aber die Schulen sollen sehen, wie sie den Beschluss trotzdem umsetzen. Das sagt viel aus über den Stellenwert, der Bildung heute zugestanden wird.

Verständlich, dass es hier zu Protesten kommt. So nutzten LehrerInnen und SchülerInnen der drei Oberhausener Realschulen eine Sitzung des Schulausschusses im April, um den Ausschuss-Mitgliedern ihren Unmut kundzutun.

Beim Betrachten der Fotos von dem Besuch des Schulausschusses – und noch mehr bei der Lektüre der Oberhausener WAZ vom 27. April – entsteht jedoch der Eindruck, dass zumindest ein Teil der Protestierenden das Problem anders versteht als oben beschrieben.

Mal abgesehen von der Frage, ob Kinder hier nicht instrumentalisiert werden: Anscheinend haben manche Eltern und SchülerInnen die neoliberale Ideologie so stark verinnerlicht, dass ihre größte Sorge ist, sie könnten Konkurrenz-Nachteile erleiden. Wenn begriffsstutzige HauptschülerInnen die Leistungsstarken im Kampf aller gegen alle um ein paar Plätze zurückwerfen, ist das natürlich dramatisch. Wenn man das so sieht.

Wenn es in Oberhausen genügend Plätze an Gesamtschulen gäbe, könnte die Frage für alle Beteiligten auf befriedigende Weise gelöst werden. An Gesamtschulen können die SchülerInnen während ihrer Schullaufbahn entscheiden, welcher Bildungsweg für sie passt. Und: Wer welchen Abschluss macht, hängt immer noch viel zu stark von der sozialen Herkunft ab. Gut ausgestattete (!) Gesamtschulen können hier gegensteuern. RealschülerInnen könnten gegebenenfalls nach der Erprobungsstufe an eine Gesamtschule wechseln. ■

„Also, das war doch mal eine belebende Schulausschusssitzung. Der überwiegende Teil der Ausschussmitglieder steht vor der Tür, und drinnen tobt ein vielstimmiges Pfeifkonzert. Man hat den Eindruck, die drei Realschulen sind geschlossen angetreten..." (Andrea-Cora Walther)

Fotos: Andrea-Cora Walther.

Scherz, Satire, Ironie und Kreizkruzefix

Geneigte Leserinnen und Leser, ich weiß nicht, liegts an der Zeit oder hör ich zu viel: So geistesfernes oder satirisch verwertbares Geschehen allein in teutschen Landen!
Da kommt der Herr Dobrindt mit der Überlegenheit des Christentums über den Islam, und dann kommt die bayerische Landesregierung noch mit einem Kruzifixgebot in allen öffentlichen Gebäuden.

Ernst Kochanowski

Der himmlische Bote, der Dienstmann 172, Alois Hingerl, sitzt nun schon hundert Jahre im Hofbräuhaus zu München, trinkt eine Maß und noch eine... und hat seinen Auftrag vor lauter Maß vergessen. Seitdem wartet die bayerische Regierung vergebens auf die göttlichen Ratschläge.*)

Aber der neue Weißwurstpräsident Herr Söder kann seine Gesetzgebungswut trotzdem nicht zügeln. Nach seines Vorgängers Polizeigesetz und Psychiatriegesetz kommt jetzt das Kreuzgesetz.

„Unsere Vorstellungen von Toleranz und Nächstenliebe, von Freiheit, von Leistungs- und Chancengerechtigkeit finden sich so in der islamischen Welt nicht wieder“, halluzinierte kurz zuvor föhnumweht und biererleuchtet der auch hier sehr bekannte Herr Dobrindt aus Peißenberg.

Den Andersgläubigen, Atheistinnen und Häretikern unter uns wird jetzt in Bayern diese Überlegenheit in allen öffentlichen Gebäuden aufs Auge gedrückt. Vom dunklen Mittelalter in den schwarzen Süden, denn Wege durch Zeit und Raum sind ja unter bestimmten Umständen erstaunlich kurz. Besonders, wenn Wissen und Erkenntnis als gefährlich erkannt werden. Ohne diesen Ballast reist es sich leichter.

Bereits ab dem Jahre 300 hat sich die christliche Religion von einer der Nächstenliebe und der Friedfertigkeit in eine der Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung von Andersgläubigen, Heidentum und Wissen gewandelt. Juden waren Heiden, und wer Wissen hat, braucht keinen Gott – also ins reinigende Feuer damit. (Das haben ja der Daesh/IS und andere Tollbrägen auch vom christlichen Abendland gelernt!)

Folgerichtig hat die noch zarte christlich-abendländische Leitkultur im Mittelalter Mauren und Sarazenen mitsamt deren Kultur, der Mathematik, den Naturwissenschaften, ihren Universitäten mit Feuer und Schwert vernichtet– und weil man schon dabei war – auch die jüdische Bevölkerung gleich mit. Nicht von ungefähr sprechen wir heute vom „finsteren Mittelalter“.

Wenn Mann genau hinschaut: Auch zarte emanzipatorische Gedanken innerhalb der Brüder und Schwestern in Christo, oft gerade der Schwestern, ereilte dieses Schicksal. Hunderte von Jahren brannten die christlichen Scheiterhaufen. Die letzte Hexe im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, ein 15-jähriges Mädel, wurde 1756 in Landshut, also in Bayern, verbrannt.

Zu lange dauerte die Heilige Inquisition, zu langsam wurde vernichtetes Wissen wieder zu entdecken erlaubt. Geholfen aber hat uns Heutigen, dass die Wissenschaften im arabisch-osmanischen Reich unberührt vom christlichen Wirken blieben. So konnte das Abendland Wissen und Kultur ein zweites Mal von dort importieren.

Jetzt ist – bis auf Weiteres – die Erde keine Scheibe und sind die Sterne keine Löcher im Papier. Und die Entstehung des Universum und des ganzen Restes wurde auch nicht in sieben Tagen abgeschlossen.

Aber es gibt Rückfälle. Der letzte, das Tausendjährige Reich, ward nach dreizehn Jahren vorbei.

So wurde in zweitausend Jahren der Nächstenliebe und der anderen christlichen Gebote unsere Abendländische Leit(d)kultur geschaffen.

Aufgrund der behaupteten Überlegenheit, aber wohl eher Angst und Tollerei, glauben sich immer wieder Menschen hier und überall auf die Reise in das „Goldene Zeitalter“ zurück begeben zu müssen. Allerdings mit uns als Zwangsbegleitung, tot oder lebendig.

Riechts hier nicht schon a bissl brandig? Kreizkruzefix no a moi!! ■

*) Nach Ludwig Thoma: „Ein Münchner im Himmel“

Foto: pixabay.com.

Söders Traum von öffentlichen Räumen?

Die Ballade vom Wasserrad

1
Von den Großen dieser Erde
melden uns die Heldenlieder:
Steigend auf so wie Gestirne
gehn sie wie Gestirne nieder.
Das klingt tröstlich, und man muss es wissen.
Nur: für uns, die sie ernähren müssen
ist das leider immer ziemlich gleich gewesen.
Aufstieg oder Fall: Wer trägt die Spesen?

Freilich dreht das Rad sich immer weiter
dass, was oben ist, nicht oben bleibt.
Aber für das Wasser unten heißt das leider nur: Dass es das Rad halt ewig treibt.

2
Ach, wir hatten viele Herren
hatten Tiger und Hyänen
hatten Adler, hatten Schweine
doch wir nährten den und jenen.
Ob sie besser waren oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer
und uns trat er. Ihr versteht: Ich meine
dass wir keine andern Herren brauchen,
sondern keine!

Freilich dreht das Rad sich immer weiter
dass, was oben ist, nicht oben bleibt.
Aber für das Wasser unten heißt das leider nur: Dass es das Rad halt ewig treibt.

3
Und sie schlagen sich die Köpfe
blutig, raufend um die Beute
nennen andre gierige Tröpfe
und sich selber gute Leute.
Unaufhörlich sehn wir sie einander grollen und bekämpfen.
Einzig und alleinig
wenn wir sie nicht mehr ernähren wollen
sind sie sich auf einmal völlig einig.

Denn dann dreht das Rad sich nicht mehr
weiter und das heitre Spiel, es unterbleibt
wenn das Wasser endlich mit befreiter
Stärke seine eigne Sach betreibt.

zitiert nach Bertold Brecht, Das Wasserrad, 1934

Deutsche Revolution 1848/49 – Was hat das mit heute zu tun?

Am 17. April fand im K14 mit Manuel Kellner die Auftaktveranstaltung zur Reihe „Revolution, Revolution" statt.

P. S. / M. K.

Die Veranstaltungsreihe wird vom Oberhausener Bündnis „Roter Oktober"(1) getragen. Die erste Veranstaltung hatte die Deutsche Revolution zum Thema.

Manuel Kellner beschrieb die politische Situation in der Zeit des Vormärz und berichtete, wie es zur revolutionären Entwicklung in Deutschland kam. Die zunehmende Industrialisierung und die bedrückende soziale Lage der ArbeiterInnen spielten hierbei eine wichtige Rolle. Auslöser für die Erhebung im März 1848 in Deutschland war dann die Februarrevolution in Frankreich. Manuel Kellner schilderte die Ereignisse in den Jahren 1848/49 und erläuterte, welche Kräfte mit welchen Interessen beteiligt waren.

Ein Schwerpunkt seines Vortrags lag darauf, wie sich Karl Marx in der Deutschen Revolution positionierte. Im Februar 1848 hatte er gemeinsam mit Friedrich Engels das Kommunistische Manifest herausgegeben. Dennoch schloss sich Marx den demokratischen Kräften an, um das Bürgertum an die Macht zu bringen. Erst im Rückblick zog er den Schluss, dass das Proletariat damit zur Geisel derjenigen wurde, die die Revolution beenden wollten, sobald sie darin eine Gefährdung des Privateigentums und damit ihrer Privilegien sahen.

Zum Nachlesen

Manuel Kellner nannte während seines Vortrags verschiedene Texte, auf die er sich bezog:

So auf Artikel von Marx und Engels in der *Neuen Rheinischen Zeitung*, "Organ der Demokratie", die sich in den Bänden 5 und 6 der *Marx-Engels-Werke* (MEW) finden.

Die „Forderungen der Kommunistischen Partei" vom März 1848 sind im MEW-Band 5 auf den Seiten 3 bis 5 abgedruckt, gezeichnet von Karl Marx, Karl Schapper, H. Bauer, F. Engels, J. Moll und W. Wolff. Dieser Text zeigt, dass Marx und Engels diese Revolution als bürgerliche Revolution verstanden, wobei Kommunisten und Arbeiterklasse den linken Flügel des radikal-demokratischen Kleinbürgertums unterstützten. (Was sie nicht hinderte, die Vergesellschaftung des Transport- und Bankenwesens zu fordern.)

In MEW 7 findet sich auf den Seiten 244 bis 254 die „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850 von Marx und Engels, wo sie rückblickend auf die Revolution von 1848/49 zwei Schlussfolgerungen ziehen:

a) Unabhängige Organisierung und selbständiges politisches Auftreten der Arbeiterklasse und b) „Revolution in Permanenz", bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Macht verdrängt sind.

Ferdinand Lassalle und Stefan Born hatten übrigens, was den Punkt a) betrifft, bereits 1848 bzw. 1849 diese Schlussfolgerungen gezogen. Was den Punkt b) betrifft, allerdings nicht.

Die Frage, mit wem und entlang welcher Forderungen wir als Linke und Angehörige der arbeitenden Klasse Bündnisse schließen, ist heute nicht minder aktuell. Das gleiche gilt für die strategische Frage, wie es gelingen kann „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (2).

Fußnoten

(1) Am Bündnis „Roter Oktober" sind beteiligt: DIE LINKE.OB, DKP OB/MH, Historischer Verein OB-Ost e.V., ISO OB & FreundInnen, Paroli e.V., Rosa-Luxemburg-Club OB und weitere nicht genannte Einzelpersonen.
(2) Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, 385.

Literaturempfehlungen

Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/1849. C. H. Beck, München 1987
Deutsche Geschichte, Band 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Köln 1984 (Pahl Rugenstein), S. 282 ff ■

Karl Marx wird 200 (Teil III)
Ein radikaler Demokrat

Manuel Kellner

Von Oktober 1842 bis Januar 1843 war Marx leitender Redakteur der *Rheinischen Zeitung*. Die Geldgeber waren bürgerliche Liberale, doch nun wurde die *Rheinische Zeitung* radikal demokratisch. Das hieß damals, für eine demokratische Republik einzutreten, während rechtere bürgerliche Demokraten für eine konstitutionelle Monarchie waren.

In seinen *Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion* (MEW 1, S. 3 ff.) kommt Marx zu dem Schluss: „Die eigentliche Radikalkur der Zensur wäre ihre Abschaffung." Das hält ihn nicht davon ab, die königliche Instruktion in Preußen kritisch zu sezieren und sich über sie lustig zu machen: „Gewiss! Ist die Zensur einmal eine Notwendigkeit, so ist die freimütige, die liberale Zensur noch notwendiger." Ein Zensuredikt von 1819, das nur provisorisch fünf Jahre lang gelten sollte, war immer noch in Kraft. Die Instruktion verhieß aber keine Verbesserung.

Wahrheit oder Unwahrheit sind gar nicht wirklich die Maßstäbe. Die Untersuchungen darüber sollen vielmehr „ernsthaft und bescheiden" erfolgen. „Das Gesetz gestattet, dass ich schreiben soll, nur soll ich einen andern als *meinen* Stil schreiben! Ich darf das Gesicht meines Geistes zeigen, aber ich muss es vorher in *vorgeschriebene Falten* legen!" Letztlich fordern diese Zensurbestimmungen eine „wohlwollende" Haltung gegenüber der Obrigkeit, eine staatskonforme Gesinnung. Marx klagt an: „Das Gesinnungsgesetz ist kein Gesetz des Staates für die Staatsbürger, sondern das Gesetz einer Partei gegen eine andere Partei." Verboten sollen sein: ehrenkränkende Urteile nicht nur über Personen, sondern auch über ganze Klassen und die Nennung von Parteinamen! Das ist absurd, wie Marx mit dem Dichterwort anmerkt: „Weil jede Krankheit zuvörderst, wie Doktor Sassafras meint, um glücklich sie kurieren zu können, benamset werden muss."

In seinen Artikeln zu den Debatten über die Pressefreiheit im Rheinischen Landtag (einer Ständevertretung) stellt Marx folgende Diagnose: „Wir finden nämlich den *spezifisch ständischen* Geist nirgend klarer, entschiedener und voller ausgeprägt, als in den Debatten über die Presse. Vorzugsweise gilt dies von der *Opposition gegen die Pressfreiheit*, wie überhaupt in der Opposition gegen die *allgemeine Freiheit* der Geist der bestimmten Sphäre, das individuelle Interesse des besonderen Standes [...] sich am schroffsten und rücksichtslosesten herauswenden und gleichsam die Zähne zeigen." (MEW 1, S. 33 f.)

Fürstenstand, Ritterstand und städtische Patrizier polemisieren gegen die Pressefreiheit. Marx widerlegt ihre Spitzfindigkeiten. Zum Beispiel erklären sie die Masse des Volkes für unmündig und daher erziehungsbedürftig. Alles Menschliche sei eben unvollkommen. Marx erwidert: „Ist die Erziehung nicht auch menschlich, daher unvollkommen? Bedarf die Erziehung nicht auch der Erziehung?" (MEW 1, S. 49.) Die wirkliche Erziehung ist nur möglich durch offenen öffentlichen Meinungsstreit.

Ein Redner verteidigt die Pressefreiheit als Teil der Gewerbefreiheit. Marx antwortet: „Die Pressfreiheit zu einer Klasse der Gewerbefreiheit machen, ist sie verteidigen, indem man sie vor der Verteidigung totschlägt." Das Schreiben darf keinem äußeren Zweck dienen: „Der Schriftsteller muss allerdings erwerben, um existieren und schreiben zu können, aber er muss keineswegs existieren und schreiben, um zu erwerben." (MEW 1, S. 70 f.)

Am Beispiel der französischen Presse prangert Marx die kommerzielle Unterdrückung der Freiheit an: „Die französische Presse ist nicht zu frei, sie ist nicht frei genug. Sie unterliegt zwar keiner geistigen Zensur, aber sie unterliegt einer materiellen Zensur, den hohen Geldkautionen. Sie wirkt daher materiell, eben, weil sie aus ihrer materiellen Sphäre in die Sphäre der großen Geldspekulationen gezogen wird." (MEW 1, S. 63.) Wer heute lebt, der denkt unwillkürlich an den Spruch *de tu fabula narratur* – von Deiner Geschichte wird hier erzählt! ■

Sockel des Marx-Denkmals in Chemnitz. *Foto: Avanti².*

200 Jahre Karl Marx (Teil IV)
Ein Demokrat wird Kommunist

Manuel Kellner

Friedrich Engels schreibt im April 1895, er habe „von Marx immer gehört, grade durch seine Beschäftigung mit den Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz […] sei er von der bloßen Politik auf ökonomische Verhältnisse verwiesen worden und so zum Sozialismus gekommen."

Marx' Artikel der Jahre 1842/43 in der *Rheinischen Zeitung* bestätigen das. Er schreibt zu den Debatten des Rheinischen Landtags über das Holzdiebstahlsgesetz: „Gleich im Beginn der Debatte opponiert ein Stadtdeputierter gegen die *Überschrift* des Gesetzes, wodurch die Kategorie ‚*Diebstahl*' auf einfache Holzfrevel ausgedehnt wird. Ein Deputierter der Ritterschaft erwidert: ‚dass eben, weil man es nicht für einen Diebstahl halte, Holz zu entwenden, dies so häufig geschehe'. Nach dieser Analogie müsste derselbe Gesetzgeber schließen: weil man eine Ohrfeige für keinen Totschlag hält, darum sind die Ohrfeigen so häufig. Man dekretiere also, dass eine Ohrfeige ein Totschlag ist."

Der Landtag stellt im Interesse der Waldeigentümer das bloße Sammeln von abgefallenem Holz als „Diebstahl" auf die gleiche Stufe mit dem Abhauen und Entwenden von stehendem grünen Holz. Marx weist nach, dass sogar die „hochnotpeinliche Halsgerichtsordnung" des 16. Jahrhunderts mit den Ärmsten der Armen glimpf- licher umging und etwa den Mundraub von Früchten nur als eine Art von Ordnungswidrigkeit ansah.

Die Waldeigentümer besitzen den Baum, aber nicht die Äste und Zweige, die die Natur selbst vom Baum getrennt hat, argumentiert Marx, und so „lügt das Gesetz, und der Arme wird einer gesetzlichen Lüge geopfert". So wird die Legitimität der Gesetze untergraben: „Das Volk sieht die Strafe, aber es sieht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist. "

Marx setzt sich für die Gewohnheitsrechte der Armen ein, die sie wahrnehmen, um ihre Not zu lindern, während die Eigentümer ihre Privatinteressen rücksichtslos gegen sie durchsetzen. Sogar das Sammeln von Waldbeeren durch Kinder armer Leute soll zum „Diebstahl" erklärt werden mit dem Argument eines Abgeordneten, in dessen Gegend solche Früchte bereits Handelsartikel seien: „Man hat es wirklich schon an *einem* Ort so weit gebracht, aus einem Gewohnheitsrecht der Armen ein *Monopol* der Reichen zu machen. Der erschöpfende Beweis ist geliefert, dass man ein Gemeingut mono- polisieren kann; es folgt daher von selbst, dass man es monopolisieren muss." Und wie systematisch werden gerade heute alle verblieben Gemeingüter zum Monopol des Privateigentums und seines Eigennutzes gemacht!

Marx zeigt, wie die Verwalter der Eigentümer sogar die Höhe der Entschädigungen festlegen sollen! Er fragt auch, ob nicht „alles Privateigentum Diebstahl" sei, da es „jeden Dritten" von diesem Eigentum „ausschließe" (MEW 1, S. 113) und stellt fest, dass im Landtag „das Interesse das Recht überstimmt" (MEW 1, S. 146) hat. Nichts Provinzielles, sondern Universelles steht zur Debatte: „Holz bleibt Holz in Sibirien wie in Frankreich; Waldeigentümer bleibt Waldeigentümer in Kamtschatka wie in der Rheinprovinz."

Marx war als Redakteur der *Rheinischen Zeitung* noch nicht Kommunist und schrieb 1858, er habe sich damals gegen ein „stümperhaftes" Aufgreifen französischer sozialistischer und kommunistischer Ideen ausgesprochen, „gestand aber zugleich [...] rundheraus, dass meine bisherigen Studien mir nicht erlaubten, irgendein Urteil über den Inhalt der französischen Richtungen zu wagen."

Er studierte diese „Richtungen" dann gründlich und verstand sich 1843/1844 als kommunistischer Anhänger einer menschlichen Emanzipation, deren „Kopf die Philosophie" und deren „Herz das Proletariat" sei. ■

Das Marx-Denkmal in Chemnitz. *Foto: Avanti².*

Festveranstaltung aus Anlass des 200. Geburtstags von Karl Marx

Mit dem renommierten Weber-Herzog-Theater Berlin. Nach einer kurzen Festrede von Thomas Keuer, Gewerkschaftssekretär ver.di-Bezirk Duisburg-Niederrhein, bringt es das Musiktheaterstück „Frau Kapital und Dr. Marx“ auf die Bühne.

In anschaulicher und unterhaltsamer Form werden wesentliche Inhalte des Marx'schen Hauptwerks „Das Kapital“, Band 1 präsentiert.

Eintrittskarten sind bei den VeranstalterInnen und in den Geschäftsstellen der LINKEN in Duisburg und Oberhausen erhältlich.

Bei Bedarf wird Kinderbetreuung angeboten.

Email: Marx-in-Marxloh@online.de. Mobil: 0151-14 27 49 34

VeranstalterInnen:

Marx in Marxloh - Deutscher Freidenkerverband NRW • Marx-Engels-Stiftung • DIE LINKE Oberhausen • DIE LINKE Duisburg • DKP Mülheim-Oberhausen • DKP Duisburg • Friedensforum Duisburg • VVN-BdA Duisburg • ISO Oberhausen • Netzwerk gegen Rechts • Rosa-Luxemburg-Club Duisburg

Wegbeschreibung zum Haus Kontakt, mit ÖPNV:

Ab Duisburg Hbf mit der Tram Linie 901 Richtung Obermarxloh – nach 3 Haltestellen Landesarchiv NRW aussteigen; von dort sind es noch 350m = 4 Gehmin. Fußweg Richtung Ruhrort – am Mahnmal der erschlagenen Gewerkschafter auf der Ruhrorter Straße vorbei – links in die Scharnhorststraße, dieser auch beim Abknicken folgen.

ISO/IV. Internationale
Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Dienstag, 01.05.18, 10:30 Uhr, Heraus zum 1. Mai!, Altmarkt, Oberhausen
- Samstag, 05.05.18, ab 14:00, SoZ-Feier zum 200.Geburtstag von Karl Marx, Köln (siehe www.sozonline.de)
- Sonntag, 06.05.18, 11 bis 14 Uhr, „Frau Kapital und Dr. Marx“, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, Duisburg

Impressum:

Redaktion:
ISO Oberhausen & FreundInnen

Kontakt:
ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen
Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim